

Munizipalwahlen 2004:

Machtwechsel von politischen Parteien zu Gruppen der Zivilgesellschaft?

Unter der Regierung von Präsident Carlos Mesa wurde im Februar dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet (Gesetz Nr. 2631), welches die Monopolstellung der politischen Parteien bei den Munizipalwahlen stürzt. Am 5. Dezember können sich Wählerinnen und Wähler zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens nicht nur für Kandidatinnen und Kandidaten der politischen Parteien entscheiden, sondern auch für Vertreterinnen und Vertreter von Bürgervereinigungen sowie indigenen Bevölkerungsgruppen.

Man darf gespannt sein, was passieren wird. Die Meinungen gehen auseinander.

Die Einen erwarten einen ersehnten politischen Erdbeben. Den Machtwechsel von politischen Parteien zu direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen. Gründe gibt es mehrere: Der Vertrauensverlust gegenüber den politischen Parteien, gepaart mit Parteienmüdigkeit weiter Teile der bolivianischen Bevölkerung; gestärktes Selbstbewusstsein und Zugehörigkeitsgefühl zu indigenen Bevölkerungsgruppen; mögliches Vertrauen auf Personen jenseits des Parteienfilzes.

Andere dagegen befürchten chaotische Zustände in den Munizipien. Begründet in der Furcht, dass es den Gewählten von Seiten der zivilgesellschaftlichen Gruppen an politischer Erfahrung mangelt und dass sie sich nicht auf politische Mehrheiten stützen können, was ein vernünftiges Regieren unmöglich macht.

Wieweit die neuen Wählervereinigungen von den, insbes. seit dem vergangenen Oktober, schlecht angesehenen traditionellen Parteien als nicht parteipolitische troyanische Pferde instrumentalisiert werden, ist eine weitere Frage.

In der politischen Landschaft Boliviens wird der 5. Dezember 2004 ein wichtiger Tag werden. Die Wählerinnen und Wähler in den 327 Munizipien, in die das Land aufgeteilt ist, haben bei der Wahl der alcaldes (Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin) und concejales (Ratsmitglieder) neue Möglichkeiten direkter politischer Partizipation. Wieweit sie diese nutzen und was dann passieren wird, wird sich zeigen. Im Blick auf die Armutsbekämpfung kommt den Verantwortlichen in den Munizipien eine besondere Rolle zu. Im Jahr 2003 wurden 356 507 764 Bolivianos (ca. 3,3 Millionen Euro) an Entschuldungsgeldern aus der HIPC II Initiative von den Munizipien verwaltet.

Der erste Prüfstein wird an diesem Samstag, dem 7. August sein. Denn dann endet die Einschreibefrist für politische Parteien, Bürgervereinigungen und indigene Bevölkerungsgruppen. Einen Monat später, am 6. September, müssen die Listen mit den Kandidaten bei der Wahlbehörde eingereicht werden. Nach Aussage von Oscar Hassenteufel, Präsident der Wahlbehörde, wird es bei dieser Wahl eine vorläufige, breite und großzügige Auslegung über die Zugehörigkeit zu Bürgervereinigungen sowie indigenen Bevölkerungsgruppen geben. Dies soll eine möglichst breite Partizipation von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft ermöglichen. Wir werden sehen, wieweit diese Möglichkeit genutzt wird.

Jürgen Leonhard
Schlüssel Info Bolivien
Programm Acceso Público der Fundación Pueblo/Dorfstiftung

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.
Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.
Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail acesopublico@entelnet.bo, Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.